



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Newsletter Nr. 5 vom 10.3.2016

Inhalt

NACHRUF

- Das BBE trauert um Prof. Dr. Thomas Olk

SCHWERPUNKT: WIRTSCHAFT UND ZIVILGESELLSCHAFT - SOZIALE UNTERNEHMEN UND GENOSSENSCHAFTEN

- Evers/ Heuberger/ Krimmer: Editorial
- Brase, MdB: Grußwort
- Defourney/ Nyssens: Social Entrepreneurship Conceptions
- Ringle: Sozialer Förderzweck und Engagement von Genossenschaften
- Scheuerle: Finanzierung sozialer Unternehmen
- Ernst-Pörksen: Sozialwirtschaft und Social Business

LÄNDER

- »Gutes Beispiel« in Bayern gesucht
- Bürgerschaftliches Engagement im Roten Rathaus
- »Willkommen im Dorf«: Broschüre
- Partizipative Demokratie in Baden-Württemberg: Bericht

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

- Demokratieoffensive: Antrag im Bundestag
- Reform der Patientenberatung: Anhörung im Deutschen Bundestag
- Integrationskonzept gefordert: Antrag der Grünen
- Mehrgenerationenhäuser ab 2017
- Positionspapier zur Integration von Flüchtlingen des NST
- Hüther/ Heinze/ Klie/ Naegele: Für eine konzertierte Aktion in der Flüchtlingspolitik
- Demokratie leben: Interessenbekundungsverfahren

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Deutscher CSR-Preis 2016: Preisverleihung
- Arbeitsmarktneutralität in Freiwilligendiensten: Papier
- Neue Projektmitarbeiterin im BBE
- Neue Referentin im BBE
- Mitglied des Monats: UPJ e.V.

FACHDISKURS

- Unternehmen für die Region: Jahreskonferenz 2016
- Caritaskongress 2016
- Im staatlichen Auftrag oder in politischer Selbständigkeit?: Tagung

- [Deutscher Engagementpreis 2016: Nominierungsstart](#)
- [Zukunftsthema Engagement: Diskursportal der EKD gestartet](#)
- [Armutbericht 2016](#)
- [Erste Informationen für Flüchtlinge: Publikation und App](#)
- [Engagiert für Gott und die Welt: Publikation](#)
- [Hinweis](#)

NACHRUF

Das BBE trauert um Prof. Dr. Thomas Olk

Am 4. März 2016 ist Prof. Dr. Thomas Olk im Kreise seiner Familie gestorben. Thomas Olk war der erste und langjährige Vorsitzende des SprecherInnen-Rates des BBE. Er war für uns alle im BBE ein bedeutender Mensch, und er wirkte über die Netzwerke und Institutionen hinaus, in denen und für die er tätig war. Er verkörperte das Urmotiv aller bürgerschaftlich Engagierten: Unsere gemeinsame Welt ein klein wenig besser machen. Er tat dies auf vielfältige Weise und in so vielen Rollen, die er mit Leidenschaft und zugleich mit Bescheidenheit und Nachdenklichkeit ausfüllte. Die Trauerfeier findet am 29. März 2016, 10 Uhr, in der großen Trauerhalle des Getraudenfriedhofs in Halle statt. Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis. Die Geschäftsstelle wird in den kommenden Tagen die Möglichkeit zur Beteiligung an einer gemeinsamen Traueranzeige ermöglichen.

[Nachruf des SprecherInnen-Rates des BBE](#)

[nach oben](#)

SCHWERPUNKT: WIRTSCHAFT UND ZIVILGESELLSCHAFT - SOZIALE UNTERNEHMEN UND GENOSSENSCHAFTEN

Evers/ Heuberger/ Krimmer: Editorial

Der vorliegende Schwerpunkt geht zurück auf eine gemeinsame Sitzung der AG »Europa« und AG »Zivilgesellschaftsforschung« des BBE, die auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion am 6. November 2015 in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages durchgeführt werden konnte. Die intellektuellen und organisatorischen Kontexte der Tagung sind Thema des Editorials von Prof. Dr. Adalbert Evers, senior fellow am Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) an der Universität Heidelberg und stellv. Sprecher der AG »Zivilgesellschaftsforschung« des BBE, Dr. Frank W. Heuberger, ehrenamtlicher Beauftragter für europäische Angelegenheiten des BBE, und Dr. Holger Krimmer, Mitglied der Geschäftsleitung

der Wissenschaftsstatistik und Leiter der Geschäftsstelle ZiviZ, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sowie Sprecher der AG »Zivilgesellschaftsforschung« des BBE.

[Editorial von Prof. Dr. Adalbert Evers/ Dr. Frank Heuberger/ Dr. Holger Krimmer](#)
(PDF, 538 kB)

[nach oben](#)

Brase, MdB: Grußwort

Die Veranstaltung »Sozialisierung der Ökonomie versus Ökonomisierung des Sozialen. Sozialunternehmen, Genossenschaften und ihr Beitrag zur Zivilgesellschaft« war der Anlass des Grußwortes von Willi Brase, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages. Dabei hebt er hervor, dass unternehmerischen Initiativen wie zum Beispiel Dorfläden, Kitas und Energievorhaben die Gründung erleichtert werden soll. Damit dies gelingt, braucht es gute Rahmenbedingungen: »Es braucht Rechtsformen, die handhabbar und unbürokratisch sind.«

[Grußwort von Willi Brase, MdB](#) (PDF, 391 kB)

[nach oben](#)

Defourney/ Nyssens: Social Entrepreneurship Conceptions

Worum geht es eigentlich im Diskurs, wenn von Social Enterprises und Social Entrepreneurship geredet wird? Das ist das Thema des Gastbeitrages von Jacques Defourney, Professor für Wirtschaft an der University of Liege in Belgien, und Marthe Nyssens, Professorin an der Catholic University of Louvain in Belgien. Dabei setzen sie sich mit Unterschieden zwischen den USA und Europa auseinander. Sie kommen zum Ergebnis, dass die damit verbundenen Vorstellungen und Praktiken hochgradig mit soziokulturellen, rechtlichen und ökonomischen Kontexten verbunden sind: »Supporting the development of social enterprise cannot be done just through exporting US or European approaches. Unless they are embedded in local contexts, social enterprises will just be replications of formula that will last only as long as they are fashionable.«

[Gastbeitrag von Prof. Jacques Defourney/ Prof. Marthe Nyssens](#) (PDF, 622 kB)

[nach oben](#)

Ringle: Sozialer Förderzweck und Engagement von Genossenschaften

Das Verhältnis von sozialem Förderzweck und zivilgesellschaftlichem Engagement

von Genossenschaften ist das Thema von Prof. Dr. Günther Ringle, Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Genossenschaftsbetriebslehre an der Universität Hamburg. Einleitend zeigt er die mehrfach wechselnde Bedeutung der sozial-ethischen Funktion in der deutschen Genossenschaftsbewegung auf. Sozialgenossenschaften einerseits, bürgerschaftliches Unternehmensengagement von Genossenschaften andererseits sind die zwei Stränge, in denen soziale Förderzwecke und zivilgesellschaftliches Engagement von Genossenschaften heute präsent sind: »Im Ganzen erbringen Genossenschaften wichtige Beiträge zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse, ob in Erfüllung ihres arteigenen sozialen Unternehmenszwecks oder indem sie neben der angestammten Geschäftstätigkeit durch Unterstützung der Zivilgesellschaft gemeinwohldienlich handeln.«

[Gastbeitrag von Prof. Dr. Günther Ringle](#) (PDF, 543 kB)

[nach oben](#)

Scheuerle: Finanzierung sozialer Unternehmen

Möglichkeiten und Grenzen der Finanzierung sozialer Unternehmen sind die Themen von Thomas Scheuerle, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg. Dabei konzentriert er sich auf die Perspektive von Sozialinvestoren aus Zivilgesellschaft und Finanzwirtschaft, die an wirkungsorientierten Investitionen interessiert sind. Als Fallstudie diskutiert er dabei das Beispiel der discovering hands®. Zugleich weist er mit Blick auf England und Frankreich auf die Bedeutung förderlicher, politischer Rahmenbedingungen hin.

[Gastbeitrag von Thomas Scheuerle](#) (PDF, 476 kB)

[nach oben](#)

Ernst-Pörksen: Sozialwirtschaft und Social Business

Die Debatte um Sozialwirtschaft und Social Business ist Thema des Gastbeitrages von Dr. Michael Ernst-Pörksen, Volkswirt und Berater in der Cox-Steuerberatung. Dabei konstatiert er eine fehlende Klarheit über ihren Gegenstand in der deutschen Debatte, was eine der Ursachen dafür sei, dass deutsche Erfahrungen und Konzepte in die internationale Diskussion zum Thema Social Business nur nachrangig Eingang finden. Zugleich thematisiert er, dass Sozialwirtschaft eine weiter wachsende, volkswirtschaftlich relevante Größe ist, während Social Business ein Nischenkonzept bleibt. Gerade deshalb ist es für ihn interessant, die Erwartungen an das Konzept zu reflektieren.

[Gastbeitrag von Dr. Michael Ernst-Pörksen](#) (PDF, 571 kB)

[nach oben](#)

LÄNDER

»Gutes Beispiel« in Bayern gesucht

»Gutes Beispiel - Der Wettbewerb« ist eine Aktion von Bayern 2, dem Kulturradio des Bayerischen Rundfunks. Es werden Menschen und Projekte ausgezeichnet, die sich auf vorbildliche Weise für eine bessere Gesellschaft einsetzen. Bewerben können sich alle, die sich mit ihren Ideen und Aktionen für eine bessere Zukunft einsetzen - ob Einzelpersonen oder Teams, Organisationen, Institutionen, Vereine, Verbände oder Start-Ups. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 30. März 2016. Unter allen Einreichungen wählt eine Jury fünf Finalistinnen und Finalisten aus. Der oder die SiegerIn wird anschließend per Online-Abstimmung bis zum 4. Mai 2016 ermittelt. Die Preisverleihung findet am 4. Mai 2016 im Studio 2 im Münchner Funkhaus des Bayerischen Rundfunks statt.

[Weitere Informationen zu »Gutes Beispiel - Der Wettbewerb«](#)

[nach oben](#)

Bürgerschaftliches Engagement im Roten Rathaus

Zum Thema bürgerschaftliches Engagement finden Anfang April gleich zwei Veranstaltungen im Roten Rathaus in Berlin statt: der 7. Berliner Stiftungstag am 8. April 2016 und die 9. Berliner Freiwilligenbörse am 9. April 2016. Erstmals werden beide Tage von der Landesfreiwilligenagentur Berlin veranstaltet. Der Berliner Stiftungstag unter dem Motto »Stiften - Engagieren - Verantwortung zeigen!« soll sowohl der Darstellung der Berliner Stiftungslandschaft für interessierte BürgerInnen dienen, als auch dem fachlichen Austausch Engagierter untereinander. Die Berliner Freiwilligenbörse bietet mit ca. 100 Ständen eine Vielzahl an Informationen zu verschiedenen Engagementfeldern und -möglichkeiten. Die Berliner Freiwilligenbörse findet unter dem Motto »Freiwillig.Berlin« statt.

[Weitere Informationen zum Berliner Stiftungstag](#)

[Weitere Informationen zur Berliner Freiwilligenbörse](#)

[nach oben](#)

»Willkommen im Dorf«: Broschüre

Die Diakonie Hessen und die Evangelische Kirche wollen mit der Broschüre »Willkommen im Dorf« das Engagement für Flüchtlinge auf dem Land fördern. Die

Broschüre bietet Tipps, wie auch ohne professionelle Strukturen vor Ort mit Freiwilligen eine sinnvolle Unterstützung für Hilfesuchende aufgebaut werden kann. Sie enthält allgemeine Informationen zum Thema Flucht und Integration, praxisnahe Tipps mit Checklisten und gelungene Praxisbeispiele. Das Heft basiert auf den Erfahrungen der Initiative »Willkommen im Dorf« aus dem rund 1600 EinwohnerInnen zählenden Jugenheim in Rheinhessen.

[Weitere Informationen zur Broschüre »Willkommen im Dorf«](#)

[nach oben](#)

Partizipative Demokratie in Baden-Württemberg: Bericht

Im November 2015 fand die Bilanztagung »Partizipative Demokratie in Baden-Württemberg« in der Evangelischen Akademie Bad Boll statt. Im Mittelpunkt der Tagung standen u.a. die Fragen: Wie, wo und unter welchen Bedingungen findet Beteiligung statt? Wie entwickelt sich die Demokratie in Baden-Württemberg weiter? In ihrem Beitrag berichtet Lisa Weis, Assistenz der Geschäftsführung bei der Initiative Allianz für Beteiligung e.V., über die Tagung und fasst unter anderem die ermittelten Zukunftsaufgaben und Handlungsempfehlungen zusammen. Ein Vorschlag ist der Aufbau eines Ministeriums für Integration und Partizipation, wo das Engagement im Bereich Bürgerbeteiligung und Stärkung der Zivilgesellschaft höher repräsentiert wird. Diesen Vorschlag gab Staatsrätin Gisela Eler zum Abschluss der Tagung an die Landesregierung weiter.

[Bericht von Lisa Weis](#) (PDF, 522 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

Demokratieoffensive: Antrag im Bundestag

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert eine Demokratieoffensive gegen jede Form von rechtsextremistischer Gewalt und hat dazu am 16. Februar 2016 einen Antrag im Deutschen Bundestag (18/7553) eingebracht. Sie schlägt ein Maßnahmenpaket vor, das zusammen mit Ländern und Zivilgesellschaft umgesetzt werden soll. Zugleich stellt sie besorgt fest, dass engagierte BürgerInnen und zivilgesellschaftliche Akteure bedroht und zur Zielscheibe für Hass, Hetze und rassistisch motivierte Gewalt werden. Sie fordert daher eine nachhaltige Förderung der zivilgesellschaftlichen Arbeit gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Zugleich solle Hasskommentaren im Netz und wahrheitswidrigen Behauptungen konsequent mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Neben repressiven

Maßnahmen fordert die Fraktion ebenso die Stärkung präventiver Aktivitäten, etwa in Form der Stärkung interkultureller »Diversity-Kompetenzen« in Behörden, Institutionen und Bildungseinrichtungen.

[Antrag von Bündnis 90/Die Grünen](#)

[nach oben](#)

Reform der Patientenberatung: Anhörung im Deutschen Bundestag

Die Struktur und Finanzierung der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) war anlässlich eines Antrages der Fraktion Die Linke (18/7042) am 24. Februar 2016 Thema einer öffentlichen Anhörung im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages. Aktuell wird die UPD vom Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gefördert sowie anteilig durch die Private Krankenversicherung (PKV). Der GKV-Spitzenverband hatte sich im vergangenen Jahr im Einvernehmen mit dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung nach einer europaweiten Ausschreibung gegen die bisherige UPD-Bietergemeinschaft aus Sozialverband VdK, Verbraucherzentrale Bundesverband und Verbund unabhängige Patientenberatung (VuP) entschieden und stattdessen das Duisburger Callcenter-Unternehmen Sanvartis ausgewählt, das auch für Krankenkassen und Pharmafirmen aktiv ist. Die Sachverständigen aus der Zivilgesellschaft kritisierten diese Entscheidung unter anderem als Systemversagen, identifizierten strukturelle Mängel und Luftnummern bei dem neuen Leistungserbringer. Eine Finanzierung der UPD aus Steuermitteln und mehr Transparenz bei der Vergabe des Beratungsauftrags seien angezeigt. Vertreter der GKV und der PKV halten die Entscheidung für sachgerecht, könnten sich aber auch mit einer Finanzierung der UPD aus Steuermitteln anfreunden.

[Anhörung zur UPD im Gesundheitsausschuss](#)

[nach oben](#)

Integrationskonzept gefordert: Antrag der Grünen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert mit einem Antrag vom 23. Februar 2016 die Bundesregierung auf, einen Nachtragshaushalt vorzulegen und mit Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft ein umfassendes Integrationskonzept zu entwickeln (18/7651). Zu den Forderungen aus vielen Politikfeldern gehört auch die engagementpolitische Perspektive: »Gerade in Krisenzeiten wird deutlich, wie wichtig eine selbstbewusste Bürgerschaft für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften ist. Doch auch Helferinnen und Helfer brauchen Hilfe, damit ihnen die Lust und die Kraft fürs Engagement nicht verloren gehen.« Kritisiert wird das Fehlen eines schlüssigen Gesamtkonzepts zur Bewältigung der Integrationsaufgaben in den nächsten Jahren.

Mehrgenerationenhäuser ab 2017

Das Bundesfamilienministerium wird Mehrgenerationenhäuser ab 2017 bis 2020 mit neuer inhaltlicher Fokussierung fördern. So wird es nicht mehr vier, sondern nur noch zwei Schwerpunkte geben: Die Gestaltung des demografischen Wandels und die Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte. Zudem sollen drei Querschnittsziele verfolgt werden, nämlich die generationenübergreifende Arbeit, die Einbindung von freiwilligem Engagement und Sozialraumorientierung. Hauptziel ist es aus Ministeriumssicht, die Kommunen in ihrer Koordinierungsfunktion zur Bewältigung des demografischen Wandels und aktueller Herausforderungen wie zum Beispiel der Flüchtlingsintegration zu stärken. Um Erfahrungswissen zu sichern, sollen die bisherigen Standorte und Trägerstrukturen im neuen Bundesprogramm möglichst erhalten bleiben. Allerdings wird eine reine Kofinanzierung von Kommune, Landkreis und/oder Land nicht mehr ausreichen, sondern es bedarf eines offiziellen Commitment durch einen Beschluss der kommunalen Vertretungskörperschaft, in dem konzeptionelle Überlegungen enthalten sind, wie das Mehrgenerationenhaus in die kommunalen Planungen zur Bewältigung des demografischen Wandels einbezogen werden kann.

[Weitere Informationen](#)

Positionspapier zur Integration von Flüchtlingen des NST

Das Präsidium des Niedersächsischen Städtetages (NST) hat in seiner Sitzung in Einbeck am 18. Februar 2016 einstimmig ein Positionspapier zur Integration von Flüchtlingen mit Forderungen an Bund und Länder beschlossen. Am Tag zuvor war das Papier intensiv in einer Tagung der Bürgermeister des kommunalen Spitzenverbandes beraten worden. Es formuliert, was heute beginnen muss, damit in den nächsten Jahren Integration gelingen kann und fordert statt Krisengipfeln einen Marshallplan. Eine der Forderungen zielt in einem eigenen Abschnitt direkt auf die Unterstützung des Ehrenamtes ab. Nicht Modifizierungen beim Auslagenersatz, sondern Strukturförderung sei das Gebot: »Hierbei ist ein Auslagenersatz nicht ausreichend, sondern es ist insbesondere die Schaffung hauptamtlicher Unterstützungsstrukturen für die ehrenamtlich Tätigen erforderlich.«

[Positionspapier des Niedersächsischen Städtetages \(NST\)](#)

Hüther/ Heinze/ Klie/ Naegele: Für eine konzertierte Aktion in der Flüchtlingspolitik

Für eine Einbeziehung der Sozialwirtschaft und der Zivilgesellschaft in eine »konzertierte Aktion in der Flüchtlingspolitik« plädieren in einem gemeinsamen Aufruf Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum (RUB), Prof. Dr. Thomas Klie, Professor für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft an der Evangelischen Hochschule Freiburg, und Prof. Dr. Gerhard Naegele, Direktor des Instituts für Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund. Sie formulieren dabei sechs zentrale Punkte, die einer Lösung am »Tisch der gesellschaftlichen Vernunft« bedürfen, von dem Karl Schiller vor 50 Jahren in einem anderen Kontext sprach. Als eine zentrale Aufgabe sehen sie dabei die konzeptionelle Einbindung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagementinfrastrukturen an: »Darin liegen gewaltige Innovationspotenziale für die Bürgergesellschaft als Ganzes und Handlungsoptionen für die Kommunen.« Der Beitrag ist erstmals erschienen bei ZEIT ONLINE.

[Plädoyer für eine konzertierte Aktion in der Flüchtlingspolitik](#) (PDF, 418 kB)

[nach oben](#)

Demokratie leben: Interessenbekundungsverfahren

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verantwortete Bundesprogramm »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« fördert unter anderem bundesweit Modellprojekte, die innovative Ansätze und Methoden in der Arbeit gegen Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum vorantreiben. Im Rahmen eines dritten Interessenbekundungsverfahrens sollen nunmehr neue Modellprojekte in den Themenfeldern Rassismus und rassistische Diskriminierung sowie Antidiskriminierung und Frühprävention im Vorschulalter ausgewählt werden. Die Interessenbekundung ist spätestens bis zum 30. März 2016 postalisch bei der Regiestelle im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben einzureichen.

[Weitere Informationen zum Interessenbekundungsverfahren](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

Deutscher CSR-Preis 2016: Preisverleihung

Im Rahmen des 12. Deutschen CSR-Forums - Internationales Forum für Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit wird am 5. April 2016 in Ludwigslust zum 7. Mal der Deutsche CSR-Preis verliehen. Den Preis für vorbildliches gesellschaftliches Engagement werden in diesem Jahr Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, und der Verkehrsberater Dr. Axel Friedrich, Mitgründer des International Council for Clean Transportation (ICCT) und viele Jahre lang Abteilungsleiter im Umweltbundesamt, erhalten. Der Preis wird in mehreren Kategorien verliehen. Dazu gehören u.a. Gender Diversity, vorbildliche Kooperation eines Unternehmens mit NGOs/NPOs, MitarbeiterInnenengagement und, in Verbindung mit dem BBE und mit Bezug auf Engagement, der Sonderpreis zu »Gelungene Maßnahme zur Flüchtlingsunterstützung«. Brigitta Wortmann, im SprecherInnen-Rat des BBE und Senior Political Adviser, BP Europa, Berlin, ist Jurymitglied für die Kategorie MitarbeiterInnenengagement.

[Weitere Informationen zum CSR-Preis](#)

[nach oben](#)

Arbeitsmarktneutralität in Freiwilligendiensten: Papier

Das Papier zu Herausforderungen und Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsmarktneutralität aus der Sicht der verbandlichen Zentralstellen ist das Ergebnis des gemeinsam durchgeführten Workshops u.a. mit VertreterInnen der Gewerkschaften und des BBE im Januar 2015. Es stellt im Gegensatz zur gerade veröffentlichten Evaluation des BMFSFJ zum FSJ/FÖJ/BFD klar, dass die Qualitätssicherung und die Weiterentwicklung von Qualitätssicherungsverfahren, worunter auch der arbeitsmarktneutrale Einsatz der Freiwilligen fällt, als eine der zentralen Aufgaben der verbandlichen Zentralstellen und Träger gesehen wird und als solche auch entsprechend bereits wahrgenommen und weiterentwickelt wird. Gesetzliche Änderungen bzw. Konkretisierungen sowie die in der Evaluation empfohlene Durchführung weiterer empirischer Untersuchungen halten die verbandlichen Zentralstellen nicht für zielführend. Das Papier zeigt auf, mit welchen Mechanismen der Qualitätssicherung die Zentralstellen und Träger sicherstellen, dass die Arbeitsmarktneutralität eingehalten wird, damit FSJ, FÖJ und BFD Bildungs- und Orientierungsjahre bleiben. Das Papier steht in der nächsten Sitzung der AG »Freiwilligendienste« des BBE am 31. Mai 2016 auf der Tagesordnung.

[Papier »Arbeitsmarktneutralität in Freiwilligendiensten«](#) (PDF; 524 kB)

[nach oben](#)

Neue Projektmitarbeiterin im BBE

Seit dem 8. Februar 2016 arbeitet Anna Sarah Lieckfeld als Projektmitarbeiterin im Kampagnenteam der »Woche des bürgerschaftlichen Engagements« mit. Die Arbeitsschwerpunkte liegen in der Betreuung der Website, der social media Aktivitäten und des Engagementkalenders. Darüber hinaus unterstützt sie die Projektreferentin bei der Organisation der Auftaktveranstaltung und der Gestaltung und Durchführung der Thementage. Zuletzt arbeitete die Diplom Politologin als Programmmitarbeiterin bei der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in einem Fachnetzwerk, das Jugendliche darin unterstützt, selbstständig planen, entscheiden und handeln zu lernen. Aufgrund ihrer eigenen Engagementerfahrungen freut sie sich sehr, nun gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im BBE die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten ein Stück weit mitgestalten zu können.

[nach oben](#)

Neue Referentin im BBE

Antonia Bernarding komplettiert seit dem 1. März 2016 als Referentin und stellvertretende Projektleiterin das Kampagnenteam der »Woche des bürgerschaftlichen Engagements«. In ihr Aufgabengebiet fallen insbesondere die strategische Umsetzung der Kampagne und die konzeptionelle Weiterentwicklung dieses größten bundesweiten Anerkennungsformats für bürgerschaftliches Engagement. Das BBE lernte die Diplomkauffrau (FH) bereits während ihrer Tätigkeit als Referentin für Netzwerkkoordination bei der Stiftung Partnerschaft mit Afrika e.V. kennen und schätzen. Bei der Stiftung hatte sie die Aufgabe, verschiedenste Akteure für partnerschaftliche Projekte der deutschen und afrikanischen Zivilgesellschaft zusammenzubringen und dieses Engagement mit der jährlichen Konferenz »Tag der Deutschen Vielfalt« zu würdigen und durch praxisnahe Angebote zu unterstützen. Daher liegt ihr auch als Teil des BBE-Teams besonders daran, die Bedeutung von freiwilligem Engagement stärker in die Öffentlichkeit und in das Bewusstsein jedes einzelnen zu rücken.

[nach oben](#)

Mitglied des Monats: UPJ e.V.

Für Soziale Kooperationen von Unternehmen mit gemeinnützigen Organisationen und der öffentlichen Verwaltung setzt sich seit 1996 das UPJ-Netzwerk für Corporate Citizenship und CSR ein. Mehr als 30 Unternehmen und über 25 gemeinnützige Mittlerorganisationen engagieren sich darin bundesweit. Das Netzwerk bietet damit eine Plattform für den Erfahrungsaustausch, den Wissenstransfer und praktische Projekte. Darüber hinaus führt UPJ eigene Projekte durch, um sektorenübergreifende Kooperationen, Corporate Citizenship und CSR zu verbreiten:

Dazu gehören die Förderung von lokalen Engagement-Marktplätzen und Unternehmensaktionstagen, die Qualifizierung von gemeinnützigen Organisationen für Unternehmenskooperationen oder regionale Praxistage für mittelständische Unternehmen zu verantwortlichen Lieferketten und zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Darüber hinaus unterstützt das Team von UPJ Unternehmen und Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung von Corporate Volunteering, Corporate Citizenship- und CSR-Strategien und arbeitet aktiv im CSR-Forum der Bundesregierung mit. In diesem Jahr feiert das Netzwerk sein 20-jähriges Bestehen. Im BBE ist es bereits seit der Vorgründungsphase aktiv und bringt sich insbesondere zu Unternehmensengagement und -verantwortung ein.

[Weitere Informationen zu UPJ e.V.](#)

[nach oben](#)

FACHDISKURS

Unternehmen für die Region: Jahreskonferenz 2016

Am 6. April 2016 findet die Jahreskonferenz »Unternehmen für die Region« im Umweltforum in Berlin statt. Auf der Agenda stehen u. a. Impulse, eine Live-Präsentation ausgewählter gesellschaftlicher Projekte von UnternehmerInnen, thematische Sessions zum Diskutieren und zum Sammeln von Eindrücken ausgewählter Praxisbeispiele sowie ein Marktplatz. Auf dem anschließenden Festakt werden zusammen mit der Bertelsmann Stiftung und in Kooperation mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks die SiegerInnen des Wettbewerbs »Mein Gutes Beispiel« ausgezeichnet. In der Kategorie »Engagement für Flüchtlinge« wird in diesem Jahr ein Sonderpreis verliehen, um unternehmerisches Engagement für geflüchtete Menschen zu würdigen. Die Teilnehmenden werden über den Publikumspreis abstimmen.

[Weitere Informationen zur Jahreskonferenz](#)

[nach oben](#)

Caritaskongress 2016

Vom 13. bis 15. April 2016 treffen sich bundesweit ehrenamtlich und hauptamtlich Mitarbeitende der Caritas zum 4. Caritaskongress in Berlin. Der Kongress vernetzt, gibt Anregungen und schaut hinter die Kulissen unterschiedlicher Projekte. Thematisch ist der Kongress in die Demografieinitiative des Deutschen Caritasverbandes eingebettet. Die Teilnehmenden erwartet ein Programmangebot aus Sessions, Exkursionen und Plenumsvorträgen. Im Rahmen des Kongresses

findet auch der Jahresempfang des Deutschen Caritasverbandes mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, statt. Eine Anmeldung ist erforderlich.

[Weitere Informationen zum Caritaskongress 2016](#)

[nach oben](#)

Im staatlichen Auftrag oder in politischer Selbständigkeit?: Tagung

Vom 15 bis 17. April 2016 findet in der Evangelischen Akademie Loccum die Tagung »Im staatlichen Auftrag oder in politischer Selbständigkeit?« statt. Ziel der Tagung ist es, gemeinsam mit AkteurInnen der zivilen Konfliktbearbeitung, der Präventionsarbeit und der Flüchtlingsunterstützung herauszuarbeiten, welche Rolle gesellschaftliche Kräfte in der deutschen Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung national und international künftig spielen. Im Fokus stehen dabei auch die damit verbundenen Konsequenzen für die zivilgesellschaftliche Arbeit und die künftigen politischen Herausforderungen. Eine Anmeldung ist erforderlich.

[Weitere Informationen zur Tagung der Ev. Akademie Loccum](#)

[nach oben](#)

Deutscher Engagementpreis 2016: Nominierungsstart

Ab sofort können die Ausrichter von Preisen für bürgerschaftliches Engagement ihre erstplatzierten PreisträgerInnen für den Deutschen Engagementpreis 2016 nominieren. Der Deutsche Engagementpreis ehrt als Preis der Preise das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland und wird 2016 in fünf Kategorien verliehen: Chancen schaffen, Leben bewahren, Generationen verbinden, Grenzen überwinden, Demokratie stärken. Eine Jury wählt die PreisträgerInnen der jeweils mit 5.000 Euro dotierten Kategorien. Alle anderen Teilnehmenden haben die Chance auf den mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreis, über den im Herbst BürgerInnen mittels eines Online-Votings abstimmen. Die Preisverleihung findet am 5. Dezember 2016, dem internationalen Tag des Ehrenamtes, in Anwesenheit von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig statt.

[Weitere Informationen zum Deutschen Engagementpreis](#)

[nach oben](#)

Zukunftsthema Engagement: Diskursportal der EKD gestartet

Über eine Million Engagierte beteiligen sich in allen Bereichen des kirchlichen Lebens - damit das zeitgemäß gelingt, hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ein

Diskursportal zur Strategieentwicklung für das Engagement gestartet. Die Seite führt in verschiedene Themenbereiche wie »Monetarisierung und Prekarisierung«, »Kirche und Zivilgesellschaft«, »Beruflichkeit und Ehrenamt«, »Partizipation und Leistung« sowie »Glaube und Beauftragung« ein und bietet allen Interessierten die Möglichkeit, mitzudiskutieren und eigene Thesen einzustellen.

[Diskursportal der EKD](#)

[nach oben](#)

Armutsbericht 2016

Der Paritätische Gesamtverband publizierte im Februar 2016 seinen jährlichen Armutsbericht (Daten 2014). Hierin beklagt der Paritätische Wohlfahrtsverband das Verharren der Armutsquote in Deutschland auf hohem Niveau. Während in neun Bundesländern die Armutsquote 2014 gesunken ist, belegt der Bericht einen Anstieg der Armut in den bevölkerungsreichen Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen. Hauptrisikogruppen sind Alleinerziehende, Erwerbslose sowie RentnerInnen, deren Armutsquote erstmals über dem Durchschnitt liegt. Die Herausgeber fordern von der Bundesregierung einen sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel, um dringend notwendige Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf den Weg zu bringen. Herausgeber des Armutsberichts sind: Der Paritätische Gesamtverband, das Deutsche Kinderhilfswerk, der Volkssolidarität Bundesverband, die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, der Deutsche Kinderschutzbund, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte und die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie. Pro Asyl hat sich zudem mit seiner flüchtlingspolitischen Expertise in die Erstellung des Berichts eingebracht.

[Armutsbericht 2016](#) (PDF, 2,3 MB)

[nach oben](#)

Erste Informationen für Flüchtlinge: Publikation und App

Der Leitfaden »Deutschland: Erste Informationen für Flüchtlinge« fasst die wesentlichen Informationen über Deutschland zusammen, die Neuankömmlingen helfen sollen, das Land besser zu verstehen. Die RedakteurInnen Rocco Thiede und Susanne van Volxem haben zusammen mit einem wissenschaftlichen Beirat das Buch konzipiert. Die Inhalte reichen von grundlegenden Fakten über rechtliche Fragen bis hin zu wichtigen ethischen Gesichtspunkten, welche die Grundlage des Zusammenlebens in einem demokratischen Rechtsstaat bilden. Praktische Hinweise für die ersten Schritte in der neuen Umgebung und ein kurzer Sprachteil runden die Informationen ab. Gemeinsam herausgegeben wurde die Publikation von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und dem Herder Verlag. Die Publikation ist auch als kostenfreie App für iOS und Android erhältlich.

[Weitere Informationen zur Publikation](#)

[nach oben](#)

Engagiert für Gott und die Welt: Publikation

Die Publikation »Engagiert für Gott und die Welt«, herausgegeben vom Bundesverband Deutscher Stiftungen, gibt einen Einblick in die bunte Vielfalt der kirchlichen Stiftungslandschaft in Deutschland. Die darin vorgestellten Stiftungen stehen exemplarisch für die zahlreichen kirchlichen Stiftungen in Deutschland und in vielen anderen Ländern der Welt. Nach der Beschreibung von Merkmalen kirchlicher Stiftungen und den Grundsätzen guter kirchlicher Stiftungspraxis werden acht Arbeitsbereiche der kirchlichen Stiftungen sowie Portraits ausgewählter Stiftungen im jeweiligen Arbeitsbereich vorgestellt. Zu den Arbeitsbereichen gehören: Gemeindegearbeit, Verkündigung und Seelsorge, internationale Solidarität und Weltkirche, Hilfe für Menschen, Bildung, Denkmalschutz, Kunst und Kultur, Klöster und Orden sowie Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Der Titel kann kostenlos beim Bundesverband Deutscher Stiftungen angefordert werden.

[Weitere Informationen zu »Engagiert für Gott und die Welt«](#)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 22. März 2016.

Redaktionsschluss ist der 15. März 2016.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

